



Eidgenössisches Departement für Umwelt,
Verkehr, Energie und Kommunikation UVEK

Per Mail: gesetzesrevisionen@bfe.admin.ch

Bern, 25. März 2025

**Indirekter Gegenvorschlag (Änderung des Kernenergiegesetzes) zur Volksinitiative
«Jederzeit Strom für alle (Blackout stoppen)»
Vernehmlassung**

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit, zum indirekten Gegenvorschlag (Änderung des Kernenergiegesetzes) zur Volksinitiative «Jederzeit Strom für alle (Blackout stoppen)» Stellung nehmen zu können. Der Schweizerische Städteverband vertritt die Städte, städtischen Gemeinden und Agglomerationen in der Schweiz und damit gut drei Viertel der Schweizer Bevölkerung.

Städte spielen in der Energiepolitik eine zentrale Rolle. Es befinden sich die meisten Energieverbraucherinnen und -verbraucher in Städten, städtischen Gemeinden und Agglomerationen. Diese sind ihrerseits grosse Bezügerinnen. Aus diesem Grund misst der Schweizerische Städteverband der Energieversorgungssicherheit eine besondere Bedeutung bei.

Die Volksinitiative «Jederzeit Strom für alle (Blackout stoppen)» zielt auf die Aufhebung des Neubauverbots für Kernkraftwerke hin. Die Vernehmlassungsvorlage setzt dies mittels indirekten Gegenvorschlags mit einer Anpassung des Kernenergiegesetzes um.

Einschätzung des Städteverbands

Gemäss Erläuterungsbericht will sich der Bundesrat für eine Energieversorgung einsetzen, die sicher, jederzeit verfügbar, kostengünstig sowie umweltfreundlich ist. Sämtliche Produktionstechnologien, welche diese Zielsetzung unterstützen, sollen daher zum Einsatz kommen können. Diese Technologieoffenheit soll auch die Kernenergie einschliessen.

Die Städte haben ambitionierte Klima- und Energieziele. Für sie ist der Ausbau der einheimischen, erneuerbaren Energien im Hinblick auf die Erreichung der Klima- und Energieziele, dabei die Stärkung der Energieversorgung, der richtige Weg, den es rasch und gemeinsam mit allen drei Staatsebenen, der Wirtschaft und den Energieversorgern zu verfolgen gilt.



Die Mehrheit des Vorstands des Städteverbands ist daher der Auffassung, dass die Städte von diesem Geschäft besonders betroffen sind. Sie befürchten, dass ihre gesetzten Ziele in Bezug auf die Energiewende, auf den Ausstieg aus den fossilen Energieträgern, Netto-Null etc. gefährdet werden und mit einer Annahme der Initiative der Schub in den Städten massiv geschwächt würde. Übergeordnete Rahmenbedingungen haben grossen Einfluss auf die Aktivitäten auf lokaler, kommunaler Ebene.

Die Städte fordern den Bund auf, dass er die Energieperspektiven aktualisiert und damit den aktuellen und künftigen Aus- und Zubau der erneuerbaren Stromproduktion sowie die mittel- und langfristige Entwicklung des Strombedarfs aufzeigt.

Den indirekten Gegenvorschlag des Bundesrates und die Volksinitiative «Jederzeit Strom für alle (Blackout stoppen)» lehnt der Städteverband unter anderem aus folgenden Gründen ab:

- Der Neubau von Kernkraftwerken konkurriert direkt mit dem Ausbau erneuerbarer Energien, da er enorme Investitionen bindet. Die Städte befürchten, dass staatliche Fördermittel für die inländische Stromproduktion zwischen Kernkraft und Erneuerbare aufgeteilt würden. Denn Kernenergie ist ohne Subventionen wirtschaftlich nicht tragfähig.
- Die Energiewende hin zu einer erneuerbaren Stromproduktion bis 2050 ist gemäss Wissenschaft machbar. Eine rein erneuerbare Energieversorgung ist nicht nur möglich, sie ist auch sicherer und macht die Schweiz unabhängiger von Rohstoffimporten. Ein Rückkommen auf den Entscheid des Atomausstiegs schafft unnötige Planungsunsicherheit für Politik und Wirtschaft. Diese Unsicherheit bremst aus Sicht des Städteverbands nötige Investitionen in den Ausbau von erneuerbaren Energien, um die Klimaziele zu erreichen.
- Bei Kernkraftwerken bleibt immer ein Unfall-Risiko. Schwere Unfälle gelten zwar als unwahrscheinlich. Wenn sie dennoch eintreten, ist der Schaden enorm. Das grosse Schadenspotenzial macht Kernkraftwerke als kritische Infrastruktur zudem zu möglichen Zielen für Cyberattacken, Sabotage oder anderweitigen böswilligen Zugriff.
- Kernkraftwerke produzieren hochradioaktive Abfälle. Diese müssen für bis zu einer Million Jahre von der Biosphäre abgeschirmt werden. In der Schweiz gibt es noch keine Endlager. Die mit hohen Risiken verbundene Entsorgung wird künftigen Generationen übertragen.
- Kernkraftwerke belasten die Umwelt stärker als erneuerbare Stromproduktion¹: Gemäss den Ökobilanzdaten des Bundes (KBOB) ist Strom aus Kernkraft drei- bis sechsmal umweltschädlicher als Strom aus Sonne und Wind.
- Kernenergie ist auf Brennstoff (Uran) und viel Know-How angewiesen, beides muss importiert werden und macht die schweizerische Stromproduktion von wenigen Staaten abhängig. Aktuell wird zum Beispiel die Verarbeitung/Anreicherung des Urans stark von Russland, das über einen Marktanteil von über 40% weltweit verfügt, dominiert.
- In der Schweiz erlaubt die Forschungsfreiheit sowie öffentliche Mittel die Kernenergieforschung. So kann z.B. der Reaktorprototyp von Copenhagen Atomics ab 2026 mit dem PSI getestet werden, während dies in Dänemark verboten ist.

Um die Versorgungssicherheit zu gewährleisten, braucht es einen konsequenten und raschen Ausbau der erneuerbaren Energien.

¹ <https://www.bafu.admin.ch/dam/bafu/de/dokumente/klima/fachinfo-daten/Umweltbilanz-Strommix-Schweiz-2018-v2.01.pdf.download.pdf/Umweltbilanz-Strommix-Schweiz-2018-v2.01.pdf>



Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Anliegen.

Freundliche Grüsse

Schweizerischer Städteverband

Präsident

Anders Stokholm
Stadtpräsident Frauenfeld

Direktorin

Monika Litscher

Kopie: Schweizerischer Gemeindeverband